STADT FEHMARN

NIEDERSCHRIFT

über die 14. Sitzung der Stadtvertretung Fehmarn
am Mittwoch, den 30. September 2015, 19.00 Uhr,
im „Senator-Thomsen-Haus“, Burg auf Fehmarn, Breite Straße 28, Fehmarn

Anwesend:

Bürgervorsteherin Brigitte Brill,
Stadtvertreter Heinz Jürgen Fendt,
Stadtvertreter Andreas Herkommer,
Stadtvertreter Dr. Helmut Kettler,
Stadtvertreter Bernd Remling bis TOP 24,
Stadtvertreterin Marianne Unger,
Erster Stadtrat Werner Ehlers,
Stadtvertreter Hinnerk Haltermann,
Stadtvertreter Jürgen Kölln,
Stadtvertreterin Margit Maaß,
Stadtvertreter Josef Meyer,
Stadtvertreterin Gitte Struck,
Stadtvertreterin Christiane Dittmer,
Stadtvertreter Andreas Hansen,
Stadtvertreter Gert Jacobsen,
Stadtvertreter Carsten Mackeprang,
Stadtvertreterin Claudia Parge,
Stadtvertreter Oliver Schultz,
Stadtvertreter Reiner Haselhorst,
Stadtvertreterin Christiane Stodt-Kirchholtes,
Stadtvertreter Marco Eberle,
Stadtvertreter Gunnar Mehnert,
Stadtvertreter Hans-Peter Thomsen.

Weiter anwesend:

Bürgermeister Jörg Weber,
Projekt-/Regionalmanagerin Dr. Johanna Heitmann,
Fachbereichsleiter Bauen und Häfen, Marcel Quattek,
Fachbereichsleiter Allgemeine Verwaltung,
Günther Schröder, ab ca. 20.20 Uhr,
stv. Fachbereichsleiter Finanzen, Benjamin May,
Mandy Cronauge, Fachbereich Bauen und Häfen,
Werkleiter Stadtwerke Fehmarn, Rainer Loosen,
Sascha Deisinger, Stadtwerke Fehmarn,
Tourismudirektor Oliver Behncke,
stv. Tourismudirektor Lars Widder,
Vorsitzender Stadtwerke- und Hafenausschuss,
Gunnar Gerth-Hansen,
Zweckverband Ostholstein, Uwe Borchert, zu TOP 23.

Protokollführer:

Volker Aermes

Die Vorsitzende eröffnet die Sitzung der Stadtvertretung und begrüßt die Mitglieder des Gremiums, alle anwesenden Gäste sowie die Vertreter der örtlichen Presse.

Die Vorsitzende stellt die ordnungsgemäße und fristgerechte Ladung zur heutigen Sitzung fest. Die Stadtvertretung sei mit 23 anwesenden Stadtvertretern beschlussfähig.
Die Bürgervorsteherin informiert die Stadtvertretung über Änderungen in der Tagesordnung zu den TOP's 9,10, 7.4 sowie 27.5 und lässt über folgende Änderungen abstimmen.

Änderung der Tagesordnung um 4 TOP's:

neu unter TOP 9:

wird 1. Nachtragshaushaltsplan und -satzung für das Haushaltsjahr 2015, Vorlage SV 066-2015 eingefügt

neu unter TOP 10:

Umbau der Schule Puttgarden zu einer Asylbewerberunterkunft, Vorlage SV 067-2015.

neu unter TOP 27.4:

Nichtöffentlicher Teil

neu unter TOP 27.5:

Nichtöffentlicher Teil

Alle anderen Tagesordnungspunkte verschieben sich entsprechend.

Abstimmungsergebnis: 23 Ja-Stimmen (einstimmig).

Anschließend bittet die Vorsitzende die Tagesordnungspunkte 25, 26, 27 und 28 im nichtöffentlichen Teil zu behandeln, da Gründe für den Ausschluss der Öffentlichkeit im Sinne von § 35 Abs. 1, Satz 2 GO vorliegen.

Auch dieser Antrag kommt zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: 23 Ja-Stimmen (einstimmig).

Die neue Tagesordnung lautet demnach wie folgt:

A. Öffentlicher Teil

1. Einwohnerfragestunde
2. Niederschrift über die letzte Sitzung der Stadtvertretung vom 14. Juli 2015
3. Mitteilungen im öffentlichen Teil
4. Sachstandsbericht Regional- u. Projektmanagement zur Festen Fehmarnbeltquerung
5. Bericht über die geleisteten über- und außerplanmäßigen Aufwendungen bzw. Auszahlungen im Haushaltsjahr 2015 (1. Halbjahr) (HA 036-2015)

6.	Betrauungsakte	(Fi 075-2015)
	a). für den Tourismus-Service Fehmarn	
	b) für die FehMare Betriebsgesellschaft mbH	
7.	Widmung von Straßenflächen in Lemkenhafen	(Fi 077-2015)
8.	Grundstücksangelegenheit Schule Puttgarden	(Fi 076-2015)
9.	1. Nachtragshaushaltsplan und –satzung für Haushaltsjahr 2015	(SV 066-2015)
10.	Umbau der Schule Puttgarden zu einer Asylbewerberunterkunft	(SV 067-2015)
11.	Jahresabschluss der Stadt Fehmarn für das Haushaltsjahr 2014	(Fi 080-2015)
12.	Jahresabschluss 2014 des Tourismus-Service Fehmarn	(TA 024-2015)
13.	Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an kommunalen Planungsprozessen	(SK 082-2015)
14.	Nachbesetzung von Ausschüssen	(SV 057-2015)
15.	Wahl der/des Vorsitzenden für den Bau- und Umweltausschuss	(SV 049.2-2015)
16.	Nachbesetzung im Aufsichtsrat der FehMare Betriebsgesellschaft mbH	(SV 058-2015)
17.	Neufassung der Hauptsatzung der Stadt Fehmarn	(HA 037-2015)
18.	2. Änd. B-Plan Nr. 24 Stadt Fehmarn als Vorhaben- und Erschließungsplan (VEP) f. d. Gebiet der ehemaligen Fachklinik Bellevue auf Fehmarn, südl. Lemkendorf, östl. Gollendorf, nördl. Lemkenhafen
<u>hier:</u> Satzungsbeschluss	(SV 060-2015)
19.	10. F-Planänderung Stadt Fehmarn f. d. Gebiet der ehemaligen Fachklinik Bellevue auf Fehmarn, südl. von Lemkendorf, östlich von Gollendorf, nördlich von Lemkenhafen
<u>hier:</u> abschließender Beschluss	(SV 061-2015)
20.	B-Plan Nr. 111 Stadt Fehmarn im Ortsteil Burg auf Fehmarn f. d. Gebiet westl. der St. Nikolaikirche, nördl. des Blieschendorfer Weges und südlich der Straße „Am Wiesenweg“
<u>hier:</u> Satzungsbeschluss	(SV 062-2015)
21.	Lärmaktionsplan der Stadt Fehmarn
<u>hier:</u> Aufstellungsbeschluss	(SV 063-2015)
22.	Energieautarkes Klärwerk; Errichtung einer Kleinwindkraftanlage	(SWHA 009-2015)
23.	Zustimmung zum Abwasserbeseitigungskonzept Gahlendorf	(SWHA 012-2015)
24.	Anträge und Anfragen im öffentlichen Teil	

B. Nichtöffentlicher Teil

25. Mitteilungen im nichtöffentlichen Teil
26. Grundstücksangelegenheiten
27. Vergabe von Aufträgen
28. Anträge und Anfragen im nichtöffentlichen Teil

C. Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe evtl. Beschlüsse aus dem nichtöffentlichen Teil der Sitzung

A. Öffentlicher Teil

1. Einwohnerfragestunde

1.1 Frau Weitalla, Petersdorf, möchte wissen, wie es mit der Schule Petersdorf weiter gehe, hier speziell die durch sie genutzten Lagermöglichkeiten für Tschernobyl Kinder.

Bürgermeister Weber informiert, dass beabsichtigt ist, ab 01.01.2016 einen Vertrag mit einem Verein zur Nachnutzung der Schule abschließen zu wollen. Ein sofortiges Räumen ist somit nicht gegeben.

1.2 Herr Kerlen möchte wissen, ob eine Nachnutzung des im Zuge der Tunnelbaumaßnahmen entstehenden Arbeitshafens mit dem Schifffahrtsamt Lübeck abgesprochen sei. Weiterhin sei in einem früheren Bauausschuss besprochen worden, dass nach Installation eines Röhrensystems keine Gülletransporte mehr nötig seien. Ist dies richtig.

Frau Dr. Heitmann führt die Problematiken, die sich im Zuge einer geplanten Übernahme eines Arbeitshafens ergeben würden, aus. Es muss also bereits bei der Planung des Arbeitshafens auf eine mögliche Nachnutzung hingearbeitet werden.

Zur Problematik der Gülletransporte führt der Bürgermeister aus, dass einige Landwirte auf der Insel gern solch ein System installieren möchten, um Transporte zu verringern. Wann dieses geschehe wisse er nicht. Auch eine politische Entscheidung hierzu müsse erst einmal auf den Weg gebracht werden.

1.3 Herr Meckelmann, Burg auf Fehmarn, Osterstraße, bemängelt den schlechten Straßenbelag der Osterstraße und die daraus entstehende Geräusentwicklung. Weiterhin bittet er um das Aufstellen eines „Blitzers“ in der 30er-Zone. Autofahrer würden diese Verkehrsberuhigung ignorieren und so zu einer Gefährdung der Schulkinder werden.

Bürgermeisterin Brill informiert, dass es sich bei dieser Straße um eine Kreisstraße handle. Das Anliegen solle weitergeleitet werden.

Der Bürgermeister informiert, dass er beabsichtige zusätzliche Schilder installieren zu lassen, um die Autofahrer zu sensibilisieren.

Es liegen keine weiteren Fragen vor.

2. Niederschrift über die letzte Sitzung der Stadtvertretung am 14. Juli 2015

Gegen die Niederschrift über die Sitzungen der Stadtvertretung am 14. Juli 2015 ergeben sich keine Bedenken. Die Niederschrift gilt somit als festgesetzt.

3. Mitteilungen im öffentlichen Teil

3.1 Bürgermeister Weber informiert über die weitere Öffnung des Durchgangs am Verwaltungsgebäude Bahnhofstraße 5.

3.2 Bürgermeister Weber informiert über die Integrationsbeauftragte der Stadt Fehmarn, die leider aus terminlichen Gründen an der Sitzung nicht teilnehmen kann, aber seit 01.09.2015 eine Unterstützung des Fachbereichs 3 darstelle. Die Verteilungsquote für Asylsuchende wurde erhöht, sodass die Stadt Fehmarn bis 31.12.2015 weitere 100 Personen aufnehmen werde. Eine Unterbringung im Neubau des Eschenweges sei geplant. Über eine Anmietung von Wohnraum auf dem privaten Markt werde nachgedacht.

3.3 Bürgermeister Weber informiert über einen zweiten Infotermin wegen städtebaulicher Maßnahmen am 31.10.2015 am Bürger Südstrand in Sachen „Arne-Jacobsen-Siedlung.

3.4 Bürgermeister Weber teilt mit, dass die Erörterungstermine zur Festen Fehmarnbeltquerung, trotz mehrerer Angebote der Stadt, nun doch in Kiel stattfinden werden. Als Begründung zur Ablehnung des Angebotes der Stadt wurden brandschutz- und sicherheitsrelevante Bedenken vorgetragen.

4. Sachstandsbericht Regional- u. Projektmanagement zur Festen Fehmarnbeltquerung

Frau Dr. Heitmann informiert den Ausschuss über den aktuellen Sachstand. Sie geht auf aufkommende Fragen aus der Runde der Stadtvertretung ein. Ein ausführlicher Bericht ist der Originalniederschrift beigelegt.

5. Bericht über die geleisteten über- und außerplanmäßigen Aufwendungen bzw. Auszahlungen im Haushaltsjahr 2015; hier: 1. Halbjahr 2015

Vortrag gemäß Vorlage HA 036-2015

Sachverhalt:

Im ersten Halbjahr 2015 (01.01.-30.06.) sind bislang (Stand 03.07.2015) keine über- und außerplanmäßigen Aufwendungen in den Budgets angefallen.

Diese Betrachtung bezieht sich zum jetzigen Zeitpunkt ausschließlich auf die Aufwandsseite, also ohne Berücksichtigung der zum 30.06.2015 bestehenden Mindererträge, soweit zu erwarten ist, dass die Erträge (regelmäßig) im zweiten Halbjahr erwirtschaftet werden.

Im Bereich der Investitionstätigkeit wurden im ersten Halbjahr 2015 bislang keine über- bzw. außerplanmäßigen Auszahlungen geleistet.

Ohne weitere Aussprache wird die Vorlage zur Kenntnis genommen.

6. Betrauungsakte

- a) für den Tourismus-Service-Fehmarn**
- b) für die FehMare Betriebsgesellschaft mbH**

Vortrag gemäß Vorlage Fi 075-2015

Sachverhalt:

Nach dem europäischen Beihilferecht sind aus staatlichen Mitteln gewährte Beihilfen, die durch die Begünstigung bestimmter Unternehmen den Wettbewerb verfälschen oder zu verfälschen drohen, mit dem Binnenmarkt unvereinbar, soweit sie den Handel zwischen Mitgliedstaaten beeinträchtigen. Unter dieses Beihilfeverbot fallen nicht nur direkte Zuschüsse, sondern weitere mögliche wirtschaftliche Vorteile (z.B. Kapitalzuführungen ohne Aussicht auf angemessene Gewinnausschüttung, Verlustübernahmen, Übernahme von Bürgschaften, günstige Kredite), die den Wettbewerb verzerren können.

Das Beihilfeverbot ist mit einem Erlaubnisvorbehalt versehen, d. h. unter bestimmten Voraussetzungen kann die Beihilfe kraft Gesetzes erlaubt sein. Entsprechende Erlaubnis-

vorschriften finden sich in EU-Vertragsregelungen und in den verschiedenen, durch die Mitgliedsstaaten unmittelbar anzuwendenden Freistellungsverordnungen wie z. Bsp. der sogenannten „De-Minimis“-Verordnung, die Bagatellbeihilfen von der Anmeldungspflicht befreit oder der Freistellungsentscheidung der EU-Kommission für Beihilfen im Bereich der Daseinsvorsorge.

Wird eine Beihilfe aus staatlichen Mitteln gewährt, bei der nicht ausgeschlossen werden kann, dass sie den Wettbewerb verfälscht und hierdurch den Handel zwischen den Mitgliedsstaaten beeinträchtigt, muss sie grundsätzlich bei der EU-Kommission angezeigt und notifiziert werden. Diese prüft dann, ob die Mittelgewährung mit dem Binnenmarkt vereinbar ist. Hierfür gibt es verschiedene Ausnahmeregelungen.

Aufgrund der bestehenden EU-Regelungen ist bei der Gewährung von Zuschüssen der öffentlichen Hand stets zu prüfen und festzustellen, ob die Zuschussgewährung rechtskonform erfolgt.

Diese Prüfung umfasst die Klärung der Frage, ob es sich um eine genehmigungspflichtige Beihilfe, eine Beihilfe für die nach der sogenannten Freistellungsentscheidung von einer Genehmigung und Anmeldung abgesehen werden kann oder ob es sich bereits nach den Kriterien der Entscheidungen des EuGH nicht um eine staatliche Beihilfe handelt.

Die EU-Kommission erkennt an, dass Mitgliedstaaten bestimmte Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse (DAWI) erbringen müssen. Hierbei handelt es sich z.B. um Dienstleistungen im Gesundheitsbereich, die Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt oder die Betreuung und soziale Einbindung sozial schwacher Bevölkerungsgruppen. Bei der Definition von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse steht den Mitgliedstaaten ein erhebliches Ermessen zu. Nach herrschender Meinung ist auch die Wirtschaftsförderung unter diese Dienstleistungen zu fassen.

Charakteristisch für DAWI ist, dass sie nicht oder nicht in der notwendigen Breite ohne die Gewährung von staatlichen Mitteln vom Markt bereitgestellt werden. Weiterhin erkennt die EU-Kommission an, dass ein Mitgliedsstaat diese Dienstleistungen nicht zwingend selbst erbringen muss, sondern auch Dritte mit der Erbringung betrauen und hierfür Ausgleichsleistungen gewähren kann.

Staatliche Ausgleichsleistungen für die Erbringung von DAWI können Beihilfen sein. Für diese Beihilfen sind Ausnahmeregelungen geschaffen worden. So sind staatliche Beihilfen für DAWI, deren Wert in drei auf einander folgenden Steuerjahren 500 TEUR nicht übersteigen mit dem Binnenmarkt vereinbar und müssen nicht angezeigt werden („DAWI-De-minimis-Verordnung“). Auch gibt es einen „DAWI-Freistellungsbeschluss“ der u.a. die Fälle von Ausgleichsleistungen für die Erbringung von DAWI regelt. Diese müssen unter bestimmten Voraussetzungen nicht bei der EU-Kommission angemeldet werden und sind somit von der Notifizierungspflicht ausgenommen.

Voraussetzung für diese DAWI-Freistellung ist allerdings ein formeller Betrauungsakt.

Die Stadt Fehmarn leistet an den Eigenbetrieb Tourismus-Service-Fehmarn jährliche Ausgleichszahlungen (Verlustausgleich). Der Tourismus-Service-Fehmarn zahlt an die FehMare Betriebsgesellschaft mbH Entgelte für den Betrieb des FehMare.

Im Rahmen der Jahresabschlussprüfungen hat der Wirtschaftsprüfer angeregt, vor dem Hintergrund des EU-Beihilferechts zu prüfen, inwieweit die Verlustausgleichszahlungen an den Tourismus-Service-Fehmarn sowie die Entgeltzahlungen an die FehMare Betriebs GmbH als staatliche Beihilfe zu werten sind.

Daraufhin wurde ein entsprechender Auftrag an die BDO Legal Rechtsanwalts GmbH zur Prüfung der Beihilfeproblematik sowie der Ausarbeitung von Betrauungsakten erteilt.

Die BDO Legal Rechtsanwaltsgesellschaft mbH hat über die Prüfung eine ausführliche Stellungnahme erstellt. Dabei kommt sie nach Prüfung der Vorgänge zum Ergebnis, dass

... die Gewährung der finanziellen Zuwendungen an die BetriebsGmbH und an den TSF EUbeihilfenrechtlich relevant, aber zulässig darstellbar, ist

... es sich bei den finanziellen Zuwendungen um Beihilfen im Sinne des Art. 107 Abs. 1 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union („AEUV“) handelt. Solche müssten grundsätzlich vorab bei der Europäischen Kommission („Kommission“) angemeldet werden.

Dabei kommt aber vorliegend der Ausnahmetatbestand des „Beschlusses der Kommission vom 20. Dezember 2011 über die Anwendung von Artikel 106 Absatz 2 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf staatliche Beihilfen in Form von Ausgleichsleistungen zugunsten bestimmter Unternehmen, die mit der Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse betraut sind“ („Freistellungsbeschluss“) in Betracht. Die Anwendung des Freistellungsbeschlusses macht eine Anmeldung entbehrlich. Um die Voraussetzungen des Freistellungsbeschlusses bestmöglich zu erfüllen, ist aber die Erstellung eines formalen Betrauungsaktes unumgänglich. Es wird daher empfohlen, die beigelegten Betrauungsakte zu beschließen.

Aussprache:

Stadtvertreter Mackeprang erläutert die Vorlage.

Beschluss:

Die Betrauungsakte für

- a) den Tourismus-Service-Fehmarn**
- b) die FehMare Betriebsgesellschaft mbH**

werden in der vorgelegten Fassung beschlossen.

Beratungsergebnis:

Stadtvertretung Fehmarn

| 30.09.2015 |

| 6 |

< 23 > Ja-Stimmen (einstimmig)

7. Widmung von Straßenflächen in Lemkenhafen

Vortrag gemäß Vorlage Fi 077-2015

Sachverhalt:

Gelegentlich ist festzustellen, dass einzelne Straßen, die tatsächlich dem öffentlichen Verkehr dienen und dies auch seit jeher taten, bisher nicht im Sinne von § 6 Straßen- und Wegegesetz Schleswig – Holstein (StrWG) - förmlich - öffentlich gewidmet worden sind.

Wie bereits zu einigen vorangegangenen Sachverhalten erläutert, war diese Feststellung bisher in den meisten Fällen unproblematisch, da nach der geltenden Rechtslage im Regelfall § 57 Absatz 3 StrWG zur Anwendung kam. Demnach konnte für ältere Straßen oftmals ermittelt werden, dass diese seit langer Zeit bereits tatsächlich vorhanden waren und neben einer Erschließungsfunktion für die anliegenden Grundstücke auch einem nicht unerheblichen öffentlichen Verkehr gedient haben. In diesem Fall war nach der

gegebenen Gesetzeslage stets die Öffentlichkeit von Gemeindestraßen anzunehmen und eine Widmung nach § 6 StrWG war im Regelfall entbehrlich.

Diese Gesetzeslage wird nunmehr durch die Rechtsprechung des Verwaltungsgerichts Schleswig strenger ausgelegt, so dass sich im Einzelfall die Notwendigkeit ergibt, öffentliche Straßen (nachträglich) zu widmen. Betroffen sind hiervon vorrangig die sog. Anliegerstraßen (insbesondere z. B. bei Sackgassenlage), bei denen das Verwaltungsgericht Schleswig die gesetzlich geforderte Eigenschaft „*einem nicht unerheblichen öffentlichen Verkehr dienen*“ in ausgeurteilten Einzelfällen nicht erkennen konnte. Aber auch andere Straßenkategorien können von dieser neuen Auslegung betroffen sein.

Wichtig ist in diesem Zusammenhang die Erkenntnis, dass es sich gerade bei der Bewertung der Öffentlichkeit von Straßen nach § 57 Absatz 3 StrWG um reine Einzelfallentscheidungen handelt, aus denen keine unmittelbaren Rückschlüsse für *alle* Straßen der Stadt Fehmarn abgeleitet werden können.

Nunmehr wird verwaltungsseitig dazu geraten, die in der Anlage dargestellten Straßen in Lemkenhafen zu widmen, da der Nachweis der Öffentlichkeit von Straßen im Zusammenhang mit der Erhebung von Straßenbaubeiträgen erbracht werden muss. Alle dargestellten Flurstücke stehen im städtischen Eigentum.

Da für Widmung und Entwidmung nach der Hauptsatzung die Stadtvertretung zuständig ist, muss die Widmung von der Stadtvertretung beschlossen werden.

Die zu widmenden Wegeabschnitte sind in der Anlage aufgelistet und in der Karte kenntlich gemacht. Es wird um Beratung und Beschlussfassung gebeten.

Aussprache:

Stadtvertreter Mackeprang erläutert die Vorlage.

Beschluss:

- 1. Der beabsichtigten Widmung der folgenden Flurstücke der Flur 1 der Gemarkung Lemkenhafen wird zugestimmt: 91/8 (tlws.), 11/1, 13/1, 67/2, 68/1, 68/3, 68/4, 70/2, 86/10, 86/13, 90/4, 100, 91/6, 67/1, 94/1 (tlws.), 64/22, 65/3, 65/5, 64/9, 64/11, 64/13 und 97/3.**
- 2. Ebenfalls wird der beabsichtigten, teilweisen Widmung des Flurstücks 65/30 der Flur 4 der Gemarkung Neujellingsdorf zugestimmt.**
- 3. Die Stadtvertretung ermächtigt den Bürgermeister, alle erforderlichen Schritte zur Widmung der aus der Anlage hervorgehenden Wege- bzw. Straßenteilflächen vorzunehmen.**

Beratungsergebnis:

Gremium

Stadtvertretung

Sitzung am

I 30.09.2015

TOP

I 7 I

< 23 > Ja-Stimmen (einstimmig)

Bemerkung:

Aufgrund des § 22 GO waren keine Stadtvertreter von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen.

8. Grundstücksangelegenheit Schule Puttgarden

Vortrag gemäß Vorlage Fi 076-2015

Die Stadtvertretung hatte in Ihrer Sitzung am 25.09.2014 hinsichtlich der weiteren Vorgehensweise für die Liegenschaft der ehemaligen Grundschule Puttgarden beschlossen:

Für die skizzierte Teilfläche wird die Stadt ein Interessenbekundungsverfahren durchführen, bei der Vermietung und Verkauf berücksichtigt wird. Die zukünftige Nutzung soll berücksichtigt werden.

In der Folge wurden die für die Durchführung eines Interessenbekundungsverfahrens notwendigen, rechtlichen Fragen geklärt, z.B. wie könnte eine baurechtlich tragbare Grundstücksteilung aussehen, welche Folgen würden sich für die Anschlussleitungen und notwendigen Rechte ergeben, wie würden die bestehenden Nutzungen (Sporthalle, Kindergarten, Sportplatz, Feuerwehr) möglichst unbeeinträchtigt bleiben etc.

Parallel hierzu verschärften sich die Konflikte in den jeweiligen globalen Krisengebieten immer mehr, in deren Folge sich die Zahl der Flüchtlinge und Asylbewerber nach Deutschland und damit auch die Zahl derer, die in der Stadt Fehmarn unterzubringen waren und sind, stetig erhöhte. Das städtische Ordnungsamt hatte als Reaktion darauf auf den grundsätzlichen Bedarf an weiteren Unterbringungsmöglichkeiten hingewiesen. In den konzeptionellen Überlegungen spielte dabei auch die Grundschule Puttgarden eine Rolle.

Aufgrund der aktuellen Entwicklung (s. hierzu die Email von Herrn Bürgermeister Weber vom 02.09.2015), nach der mit der Zuweisung von 125 Personen im Jahr 2015 und ggf. einer weiteren entsprechenden Anzahl von Personen im Jahr 2016 zu rechnen sein wird, ist es selbst unter Ausschöpfung aller anderweitigen Möglichkeiten unumgänglich, kurzfristig die ehemalige Grundschule Puttgarden als Übergangslösung zur Unterbringung von Asylbewerbern in Anspruch zu nehmen.

Dies gilt insbesondere deshalb, weil alle anderen Alternativen wesentlich zeitintensiver wären und nicht gewährleistet wäre, dass rechtzeitig genug Wohnraum zur Verfügung stünde.

Aufgrund dieser Entwicklung wird vorgeschlagen, den eingangs erwähnten Beschluss bis auf weiteres auszusetzen.

Um Beratung und Beschlussfassung wird gebeten.

Aussprache:

Stadtvertreter Mackeprang erläutert die Vorlage und geht auf aufkommende Fragen ein. Nach eingehender Beratung ergeht nachfolgender

Beschluss:

Die Stadtvertretung beschließt, ihren Beschluss vom 25.09.2014 zur ehemaligen Grundschule Puttgarden (Durchführung eines Interessenbekundungsverfahrens) bis auf Weiteres auszusetzen. Die ehemalige Grundschule Puttgarden soll übergangsweise für die Unterbringung von Asylbewerbern genutzt werden.

Beratungsergebnis:

Gremium

Stadtvertretung

Sitzung am

I 30.09.2015

TOP

I 8 I

< 19 > Ja

< 3 > Nein

< 1 >

Enthaltung

Bemerkung:

Aufgrund des § 22 GO waren keine Stadtvertreter von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen.

9. 1. Nachtragshaushaltsplan und -satzung für das Haushaltsjahr 2015

Vortrag gemäß Vorlage SV 066-2015

Sachverhalt

Der Finanzausschuss hat am 22.09.2015 folgende Beschlussempfehlung an die Stadtvertretung beschlossen:

Die Stadtvertretung beschließt, ihren Beschluss vom 25.09.2014 zur ehemaligen Grundschule Puttgarden (Durchführung eines Interessenbekundungsverfahrens) bis auf weiteres auszusetzen. Die ehemalige Grundschule Puttgarden soll übergangsweise für die Unterbringung von Asylbewerbern genutzt werden.

Sofern die Stadtvertretung dieser Beschlussempfehlung folgen sollte, soll das ehem. Schulgebäude in eine Unterkunft für Flüchtlinge bzw. Asylbewerber umgebaut werden.

Der Umbau von Klassenräumen in Wohnräume stellt eine investive Baumaßnahme dar.

Für eine derartige investive Baumaßnahme sind im Haushaltsplan 2015 keine entsprechenden Haushaltsmittel vorgesehen.

Gem. § 95 b Gemeindeordnung Schleswig-Holstein ist ein Nachtragshaushalt u.a. aufzustellen, wenn Auszahlungen für bisher nicht veranschlagte Baumaßnahmen geleistet werden sollen.

Da die Baumaßnahme bisher nicht im Haushaltsplan veranschlagt ist, ist die Aufstellung eines Nachtragshaushaltes erforderlich.

Für die Umbaumaßnahme sollen lt. Kostenschätzungen 115 TEUR reine Baukosten anfallen. Für den Fall, dass die Bauleitung nicht von der städtischen Bauverwaltung erledigt werden kann, würden zusätzlich 18 TEUR anfallen. Zu diesen Auszahlungen für Baumaßnahmen kommen Auszahlungen für die Innenausstattung (Gardinen, Betten, Matratzen, Tische, Stühle, Schränke, etc.).

Insgesamt werden für den Umbau des Objektes 150 TEUR angesetzt.

Zur Finanzierung des städtischen Eigenanteils ist die Veranschlagung einer weiteren Kreditaufnahme erforderlich.

Ob die Stadt Fehmarn für diese Baumaßnahme (zur Herstellung von Unterkünfte für Flüchtlinge) Zuweisungen erhält, kann zum jetzigen Zeitpunkt nicht gesagt werden.

In den ersten Nachtragshaushalt ist lediglich die Maßnahme „Umbau des Objektes ehem. Grundschule Puttgarden“ und die entsprechende Finanzierung (Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten) veranschlagt. Weitere Veränderungen einzelner Haushaltsposten stellen derzeit im Wesentlichen nur Verbesserungen dar (u.a. Erträge aus der Gewerbesteuer). Diese müssen zum jetzigen Zeitpunkt nicht in einem Nachtragshaushalt abgebildet werden.

Der erste Nachtragshaushalt dient lediglich zur formalen Absicherung dieser Baumaßnahme.

In der Haushaltssatzung erhöht sich der Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit von 5.411 TEUR auf 5.561 TEUR; der Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit erhöht sich von 6.227.700 Euro auf 6.377.700 Euro. Die weiteren Festsetzungen bleiben unverändert.

Der Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen steigt von 3.600 TEUR auf 3.750 TEUR.

Da der Ergebnisplan der Stadt Fehmarn ein Defizit von insgesamt 998 TEUR ausweist, muss die in der Nachtragssatzung vorgenommene Erhöhung des Kreditbedarfes von der Kommunalaufsicht genehmigt werden.

Die Auszahlung für die Maßnahme „Umbau des Objektes ehem. Grundschule Puttgarden“ ist im Haushaltsplan im Produkt 11121 (GFM: Gebäude / Nutzungsobjekte) (Budget 7) veranschlagt. Die Einzahlung aus der Aufnahme von Krediten ist im Haushaltsplan dem Produkt 61201 (Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft) zugeordnet.

Der Umbau des Objektes ehem. Grundschule Puttgarden wird als investive Maßnahme betrachtet und hat somit vorerst lediglich Auswirkungen auf den Finanzplan (Ein- und Auszahlungen). Nach Fertigstellung der Maßnahme bestehen auch finanzielle Auswirkungen auf den Ergebnisplan (Abschreibungen, evtl. Zinsaufwendungen sowie nutzungsbedingte Aufwendungen für Bewirtschaftung und Unterhaltung).

Aussprache:

Herr May erläutert die Vorlage und geht auf Fragen ein.

Beschluss:

Die Nachtragshaushaltssatzung und der Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2015 mit den dazugehörigen Anlagen werden entsprechend der vorgelegten Entwürfe beschlossen.

Beratungsergebnis:

Gremium		Sitzung am	TOP
Stadtvertretung Fehmarn		30.09.2015	9
< 19 > Ja	< 3 > Nein	< 1 >	Enthaltung

10. Umbau der Schule Puttgarden zu einer Asylbewerberunterkunft

Vortrag gemäß Vorlage SV 067-2015

hier: Ermächtigung des Bürgermeisters zur kurzfristigen Auftragsvergabe zum Umbau der ehemaligen Grundschule Puttgarden zur Unterbringung von Asylbewerbern

In der letzten Sitzung des Finanzausschusses wurde beschlossen der Stadtvertretung zu empfehlen, ihren Beschluss vom 25.09.2014 zur ehemaligen Grundschule Puttgarden (Durchführung eines Interessenbekundungsverfahrens) bis auf weiteres auszusetzen. Die ehemalige Grundschule Puttgarden soll übergangsweise für die Unterbringung von Asylbewerbern genutzt werden.

Hintergrund sind die internationalen Flüchtlingsströme durch die verschärften Konflikte in den jeweiligen globalen Krisengebieten. Als Folge hat sich die Zahl der Flüchtlinge und Asylbewerber in Deutschland und damit auch die Zahl derer, die in der Stadt Fehmarn unterzubringen waren und sind, stetig erhöht. Das städtische Ordnungsamt hatte als Reaktion darauf auf den grundsätzlichen Bedarf an weiteren Unterbringungsmöglichkeiten hingewiesen. In den konzeptionellen Überlegungen spielte dabei auch die Grundschule Puttgarden eine Rolle.

Aufgrund der aktuellen Entwicklung (s. hierzu die Email von Herrn Bürgermeister Weber vom 02.09.2015), nach der mit der Zuweisung von 125 Personen im Jahr 2015 und ggf. einer weiteren entsprechenden Anzahl von Personen im Jahr 2016 zu rechnen sein wird, ist es selbst unter Ausschöpfung aller anderweitigen Möglichkeiten unumgänglich, kurzfristig die ehemalige Grundschule Puttgarden als Übergangslösung zur Unterbringung von Asylbewerbern in Anspruch zu nehmen. Dies gilt insbesondere deshalb, weil alle anderen Alternativen wesentlich zeitintensiver wären und nicht gewährleistet wäre, dass rechtzeitig genug Wohnraum zur Verfügung stünde.

Der Fachbereich Bauen und Häfen hat daraufhin eine Vorplanung erstellt. In den vorh. 4 Klassenräumen und Arbeitsräumen sollen 13 neue Räume entstehen, die 32 Bewohnern Unterkunft bieten. Weiterhin stehen eine Gemeinschaftsküche und ein Schulungsraum mit separaten Sanitärräumen zur Verfügung. Die Umbaukosten belaufen sich incl. Nebenkosten und Ausstattung auf ca. 150 000 € Brutto. Die Mittel für die Gesamtmaßnahme in Höhe von 150 000 € Brutto sind im 1. Nachtragshaushalt 2015 der Stadt Fehmarn bereit zu stellen.

Bei einem Beschluss in der SV vom 30.9.2015 kann nach Einhaltung aller Fristen bei einer Beauftragung im Oktober und ein Bezug im Januar/Februar 2016 erfolgen. Bei der Beauftragung der Bauleistungen in der SV im Dezember verschiebt sich der Bezug in den April 2016.

Es wird um Beratung und Beschlussfassung gebeten.

Aussprache:

Ohne weitere Aussprache erläutert Herr Quattek die Vorlage und gibt einen Ausblick auf die mögliche Fertigstellung.

Beschluss:

Der Bürgermeister der Stadt Fehmarn wird auf Grund der Dringlichkeit ermächtigt, die Auftragsvergabe zum Umbau der Schule Puttgarden zur Flüchtlingsunterkunft im Rahmen der durch den 1. Nachtragshaushalt 2015 bereit gestellten Mittel durchzuführen.

Beratungsergebnis Stadtvertretung:

< 19 > Ja

< 3 > Nein

< 1 > Enthaltung

Bemerkung: Aufgrund des § 22 GO waren keine Stadtvertreter von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen.

11. Jahresabschluss der Stadt Fehmarn für das Haushaltsjahr 2014

Sachverhalt:

Der Jahresabschluss für das Haushaltsjahr 2014 liegt zwischenzeitlich im Entwurf vor. Die Arbeiten zur Erstellung des Jahresabschlusses sind insoweit abgeschlossen.

Der Jahresabschluss ist gem. § 95 n Gemeindeordnung durch den zuständigen Ausschuss zu prüfen, bevor die Stadtvertretung über den Jahresabschluss beschließt.

In § 5 der Hauptsatzung der Stadt Fehmarn ist geregelt, dass der Finanzausschuss der für die Prüfung des Jahresabschlusses zuständige Ausschuss ist.

Damit eine effiziente Prüfung durchgeführt werden kann, wurde vom Finanzausschuss eine Arbeitsgruppe zur Prüfung des Jahresabschlusses eingerichtet. Die Arbeitsgruppe setzt sich aus den Mitgliedern des Finanzausschusses zusammen.

Nach der Prüfung des Jahresabschlusses durch die Arbeitsgruppe und einer entsprechenden Beratung im Finanzausschuss hat die Stadtvertretung über den Jahresabschluss und über die Verwendung eines Jahresüberschusses bzw. die Behandlung eines Jahresfehlbetrages abschließend zu beschließen.

Die Arbeitsgruppe zur Prüfung der Jahresabschlüsse ist für den 15. September 2015 eingeladen, um den Jahresabschluss für das Haushaltsjahr 2014 zu prüfen.

Das Ergebnis der Prüfung des Jahresabschlusses durch die Arbeitsgruppe wird in einem Bericht zusammengefasst, der dann in der Sitzung des Finanzausschusses vorgelegt wird.

Die wesentlichen Bestandteile des Jahresabschlusses (Bilanz, Ergebnisrechnung, Budgets (Teilergebnisrechnungen), Lagebericht, Anhang mit Anlagen) wurden mit der Einladung zur Sitzung der Arbeitsgruppe zur Prüfung des Jahresabschlusses an die Mitglieder des Finanzausschusses versandt.

Für die Beratung und Beschlussfassung im Finanzausschuss und in der Stadtvertretung wird auf diese Unterlagen sowie auf den Prüfungsbericht verwiesen.

Eine ausführliche Erörterung der Daten des Jahresabschlusses und Erläuterung der besonderen Vorgänge im Haushaltsjahr 2014 erfolgt im Rahmen der Sitzung der Arbeitsgruppe zur Prüfung des Jahresabschlusses am 15.09.2015.

Aussprache:

Ohne weitere Aussprache erläutert Stadtvertreter Mackeprang die Vorlage und bedankt sich für die gute Arbeit der Kämmerei.

Beschluss:

Anhand der stichprobenartig durchgeführten Prüfung des Jahresabschlusses der Stadt Fehmarn für das Haushaltsjahr 2014 wird festgestellt, dass die Prüfung des Jahresabschlusses der Stadt Fehmarn für das Haushaltsjahr 2014 entsprechend § 95 n GO keine Beanstandung (alternativ: keine wesentlichen Beanstandungen mit folgenden Anmerkungen) ergeben hat.

Der geprüfte Jahresabschluss für das Haushaltsjahr 2014 wird in der vorliegenden Fassung mit folgenden Summen beschlossen.

Bilanzsumme:	69.400.637,16 €
Erträge:	22.254.955,91 €
Aufwendungen:	20.690.389,05 €
Jahresüberschuss:	1.564.566,86 €

Der Jahresüberschuss wird auf neue Rechnung vorgetragen und ist der Ergebnisrücklage (soweit rechtlich möglich) bzw. der Allgemeinen Rücklage zuzuführen.

Beratungsergebnis:

Gremium

Sitzung am

TOP

Stadtvertretung Fehmarn

| 30.09.2015 |

| 11 |

< 23 > Ja-Stimmen (einstimmig)

Bemerkung: Aufgrund des § 22 GO waren keine Stadtvertreter von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen.

12. Jahresabschluss 2014 des Tourismus-Service Fehmarn

Vortrag gemäß Vorlage TA 024-2015

Sachverhalt:

Die BDO AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Dahlmannstraße 1-3, 24103 Kiel, hat den Jahresabschluss 2014 des Tourismus-Service Fehmarn geprüft.

Am 27.08.2015 fand die Schlussbesprechung statt. Der Prüfungsbericht wird als Leseexemplar in vollem Umfang vorgelegt. Hierauf wird verwiesen.

Ohne weitere Aussprache ergeht nachfolgender

Beschluss:

Der Jahresabschluss 2014 des Tourismus-Service Fehmarn wird wie folgt festgestellt:

Bilanzsumme: 16.966.466,14 €

Erträge: 5.639.515,46 €

Aufwendungen: -5.617.810,72 €

Jahresergebnis: 21.704,74 €

Der Betrag des Jahresergebnisses 2014 von 21.704,74 € wird der Kapitalrücklage des Tourismus-Service Fehmarn zugeführt.

Beratungsergebnis:

< 23 > Ja-Stimmen (einstimmig)

Bemerkung: Aufgrund des § 22 GO waren keine Stadtvertreter von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen.

13. Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an kommunalen Planungsprozessen

Vortrag gemäß Vorlage SK 082-2015

Sachverhalt:

„Die Gemeinde muss bei Planungen und Vorhaben, die die Interessen von Kindern und Jugendlichen berühren, diese in angemessener Weise beteiligen. Hierzu muss die Gemeinde über die Beteiligung der Einwohnerinnen und Einwohner nach den §§ 16 a bis 16 f hinaus geeignete Verfahren entwickeln.“ (GemO S.H. § 47f).

Bei Spielplatzprojekten ist dies auch in der Vergangenheit auf Fehmarn geschehen, nicht aber bei anderen städtebaulichen Maßnahmen, von denen Kinder und Jugendliche auch

direkt oder indirekt betroffen sind. Eine Institution zu schaffen, gleich ob Jugendbeirat, -parlament oder "runder Tisch", wäre also durchaus im Sinne kommunaler Selbstverwaltung.

Aussprache:

Stadtvertreter Meyer erläutert die Vorlage und geht auf aufkommende Fragen ein. Stadtvertreterin Unger regt an, Gelder zur Verfügung zu stellen, um den Jugendlichen eine Aufwandsentschädigung zahlen zu können.

Beschluss:

Der Jugendsozialarbeiter der Stadt Fehmarn wird beauftragt, partizipativ mit einer zu schaffenden Jugendlichen-AG eine Konzeption für eine Institution zu entwickeln, um künftig Kinder und Jugendliche bei den unterschiedlichsten Planungs- und Entscheidungsprozessen adäquat zu beteiligen.

Beratungsergebnis:

< 22 > Ja	< 0 > Nein	< 1 > Enthaltung
-----------	------------	------------------

Bemerkung:

Aufgrund des § 22 GO waren keine Stadtvertreter von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen.

14. Nachbesetzung von Ausschüssen

Vortrag gemäß Vorlage SV 057-2015

Sachverhalt:

Stadtvertreter Andreas Herkommer, SPD, soll auf Vorschlag der SPD-Fraktion zum Vorsitzenden des Bau- und Umweltausschusses der Stadt Fehmarn gewählt werden. Dafür ist es notwendig, dass Stadtvertreter Herkommer auch dem Ausschuss angehört. Dies ist zurzeit nicht der Fall.

Aus diesem Grunde wünscht die SPD-Fraktion die nachfolgenden Veränderungen in den Ausschüssen vorzunehmen:

Streiche: Bürgerliches Mitglied Eva-Maria Breuker als Mitglied im Bau- und Umweltausschuss.

Setze: Stadtvertreter Andreas Herkommer als neues Mitglied im Bau- und Umweltausschuss.

Streiche: Stadtvertreter Andreas Herkommer als Mitglied im Tourismusausschuss.

Setze: Stadtvertreter Bernd Remling als neues Mitglied im Tourismusausschuss.

- d) Bau- und Umweltausschuss
- e) Tourismusausschuss
- f) Stadtwerke- und Hafenausschuss.

Das Vorschlagsrecht für die Vorsitzenden steht den Fraktionen zu. Zur oder zum Vorsitzenden kann nur ein Mitglied des Ausschusses vorgeschlagen werden. Wegen der engen politischen Verbindung zwischen der Ausschussarbeit und der Arbeit der Stadtvertretung sieht § 46 Abs. 5 **zwingend** vor, dass die Ausschussvorsitzenden unter Berücksichtigung der Stärkeverhältnisse der Fraktionen (§ 33 Abs. 2 Satz 2) zu wählen sind. (Auch ein bürgerliches Mitglied im Ausschuss kann Vorsitzende/r des Gremiums werden (§ 46 Abs. 3 Satz 4))

Die Fraktionen bestimmen in der Reihenfolge ihrer Höchstzahlen, für welche Vorsitzenden ihnen das Vorschlagsrecht zusteht (Zugriffsverfahren); bei gleicher Höchstzahl entscheidet über die Reihenfolge das Los, das die Bürgervorsteherin zieht, wobei der Losentscheid nur dann zwingend erforderlich ist, wenn die Fraktionen mit den gleichen Höchstzahlen auf den gleichen Vorsitz zugreifen wollen.

Maßgebend für die Berechnung der Höchstzahlen nach Sainte-Laguë/Schepers sind damit die sich aus der Teilung der Sitzzahlen der Fraktionen durch 0,5, - 1,5 – 2,5 usw. ergebenden Höchstzahlen.

Das Sitzverhältnis in der Stadtvertretung der Stadt Fehmarn stellt sich zurzeit wie folgt dar:

CDU-Fraktion 7 Sitze,
 SPD-Fraktion 6 Sitze,
 Fraktion der FWV 6 Sitze,
 Fraktion Bündnis 90/Die Grünen 2 Sitze und
 Fraktion der WUW ebenfalls 2 Sitze.

Es ergeben sich im Ergebnis für das vorgenannte Verfahren nachfolgende „Zugriffe“ auf die Ausschussvorsitze:

Erster Zugriff:	CDU-Fraktion (Höchstzahl 14,00)
Zweiter Zugriff:	SPD-Fraktion (Höchstzahl 12,00)
Dritter Zugriff:	Fraktion FWV (Höchstzahl 12,00)
Vierter Zugriff:	CDU-Fraktion (Höchstzahl 4,66)
Fünfter Zugriff:	Fraktion FWV (Höchstzahl 4,00) durch Losentscheid
Sechster Zugriff:	SPD-Fraktion (Höchstzahl 4,00) durch Losentscheid

In der Sitzung der Stadtvertretung am 25.06.2015 wurden anhand der Vorlage (SV 049-2015) die Vorsitzenden und stellvertretenden Vorsitzenden für folgende Ausschüsse durch geheime Wahl gewählt:

- Ausschuss für Kultur, Schule, Sport und Soziales
- Finanzausschuss
- Hauptausschuss
- Stadtwerke- und Hafenausschuss
- Tourismusausschuss

Aus den fünf, separat durchgeführten geheimen Wahlgängen zur Wahl der Vorsitzenden des Bau- und Umweltausschusses, ergab sich kein Abstimmungsergebnis mit mehr

JA- als NEIN Stimmen für die vorgeschlagene Person. Aus diesem Grund wurde weder ein/e Vorsitzende/r noch ein/e stellvertretende/r Vorsitzende/r für den Bau- und Umweltausschuss gewählt.

Der stellvertretende Bürgervorsteher beantragte die Wahl der Vorsitzenden und des stellvertretenden Vorsitzenden für den Bau- und Umweltausschuss in die nächste Sitzung der Stadtvertretung zu verschieben.

Dem Antrag wurde mit 14 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen zugestimmt.

In der Sitzung der Stadtvertretung am 14. Juli 2015 wurde Stadtvertreterin Marianne Unger in geheimer Wahl ein weiteres Mal nicht zur Vorsitzenden des Bau- und Umweltausschusses gewählt. (Vorlage SV 049.1– 2015)

Die SPD-Fraktion hat nach diesem Wahlgang keinen weiteren Vorschlag zur Wahl der/des Vorsitzenden eingebracht. Beabsichtigt sei, in der nächsten Sitzung einen neuen Vorschlag zu unterbreiten.

Anschließend wurde Stadtvertreter Hinnerk Haltermann in geheimer Wahl zum stellvertretenden Vorsitzenden für den Bau- und Umweltausschuss gewählt.

Auf Nachfrage wurde durch den Protokollführer mitgeteilt, dass der stellvertretende Vorsitzende mit allen Rechten und Pflichten die Vertretung der/des noch nicht gewählten Ausschussvorsitzenden übernehme. Ihm obliege es auch den Bau- und Umweltausschuss einzuladen.

Somit steht die Wahl der/des Vorsitzenden des Bau- und Umweltausschusses am heutigen Tage erneut auf der Tagesordnung.

Für die Wahl gilt § 39 Abs. 1 GO entsprechend. Auf die oder den Vorgeschlagenen müssen jeweils mehr Ja- als Nein-Stimmen entfallen. Bei Stimmengleichheit ist die Wahl nicht erfolgt und es bleibt der vorschlagsberechtigten Fraktion vorbehalten, dieselbe Person oder eine andere zur Wahl vorzuschlagen. Das Vorschlagsrecht bleibt der vorschlagsberechtigten Fraktion jedoch unentziehbar erhalten.

Gem. § 40 Abs. 2 GO werden Wahlen, wenn niemand widerspricht, offen durch Handzeichen durchgeführt. Jedes Mitglied der Stadtvertretung kann aber einer offenen Abstimmung widersprechen und eine Wahl durch Stimmzettel (geheime Wahl) verlangen. Diesem Verlangen muss stattgegeben werden.

Aussprache:

Bürgermeister Weber teilt mit, in dieser Angelegenheit mit der Kommunalaufsicht gesprochen zu haben. Von dort wurde ausgeführt, sollte kein/e Vorsitzende/r gewählt werden, dass die Aufgaben des Bau- und Umweltausschusses auf andere Gremien ggf. auf die Stadtvertretung verteilt werden müssen. Es werde kein Beauftragter seitens der Kommunalaufsichtsbehörde eingesetzt.

Bürgervorsteherin Brill informiert den Ausschuss darüber, dass es heute lediglich einen Wahlgang geben werde.

Anschließend schlägt Stadtvertreter Fendt für den Vorsitz des Bauausschusses Stadtvertreter Herkommer vor.

Sodann wird ein Wahlvorstand bestellt, bestehend aus dem Fachbereichsleiter der Allgemeinen Verwaltung, Herrn Schröder sowie dem Protokollführer.

Die Wahl findet anhand einer alphabetischen Namensliste der Stadtvertreter und Stadtvertreterinnen statt; ein entsprechender Stimmzettel wird ausgehändigt.

Nach Abgabe des letzten Stimmzettels, werden diese ausgezählt und das Ergebnis auf einem entsprechenden Vordruck vermerkt und der Vorsitzenden mitgeteilt.

Es ergeht nachfolgender

Beschluss:

Die Stadtvertretung wählt Stadtvertreter Andreas Herkommer zum Vorsitzenden des Bau- und Umweltausschusses.

Beratungsergebnis:

Gremium		Sitzung am	TOP
Stadtvertretung Fehmarn		I 30.09.2015	I 15 I
< 12 > Ja	< 9 > Nein	< 2 >	Enthaltung

16. Nachbesetzung im Aufsichtsrat der FehMare Betriebsgesellschaft mbH

Vortrag gemäß Vorlage SV 058-2015

Sachverhalt:

Stadtvertreter Andreas Herkommer gehört bislang dem Aufsichtsrat der FehMare Betriebsgesellschaft mbH an.

Sollte Stadtvertreter Herkommer in heutiger Sitzung zum Vorsitzenden des Bau- und Umweltausschusses gewählt worden sein, soll seine Bestellung als Mitglied im Aufsichtsrat der FehMare Betriebsgesellschaft mbH mit sofortiger Wirkung aufgehoben werden.

Im Gesellschaftsvertrag der FehMare Betriebsgesellschaft mbH ist geregelt, dass der Aufsichtsrat aus insgesamt 5 Personen besteht, von denen drei Mitglieder der Stadtvertretung der Stadt Fehmarn angehören müssen.

Die Mitglieder des Aufsichtsrates werden durch die Stadtvertretung bestellt und können durch die Stadtvertretung jederzeit wieder abberufen und durch andere Personen ersetzt werden.

Im Falle einer Wahl von Stadtvertreter Herkommer zum Vorsitzenden des Bau- und Umweltausschusses schlägt die SPD - Fraktion vor, **Stadtvertreter Heinz Jürgen Fendt** in den Aufsichtsrat der FehMare Betriebsgesellschaft mbH zu bestellen, wenn dies von der Stadtvertretung befürwortet wird. Stadtvertreter Fendt hat einer Mitgliedschaft im Aufsichtsrat zugestimmt.

Gleichzeitig wäre **Stadtvertreter Andreas Herkommer** aus dem Aufsichtsrat abuberufen.

Aussprache:

Stadtvertreter Fendt erläutert die Vorlage und geht auf aufkommende Fragen ein.

Beschluss:

1) Stadtvertreter *Andreas Herkommer* wird mit sofortiger Wirkung aus dem Aufsichtsrat der FehMare Betriebsgesellschaft mbH abberufen.

2) Stadtvertreter *Heinz Jürgen Fendt* wird mit sofortiger Wirkung in den Aufsichtsrat der FehMare Betriebsgesellschaft mbH bestellt.

Beratungsergebnis:

< 23 > Ja-Stimmen (einstimmig)

Bemerkung:

Aufgrund des § 22 GO waren keine Stadtvertreter von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen.

17. Neufassung der Hauptsatzung der Stadt Fehmarn

Vortrag gemäß Vorlage HA 037-2015

Sachverhalt:

Die beabsichtigte Neufassung der Hauptsatzung für die Stadt Fehmarn wurde bereits im September 2014 im Hauptausschuss erörtert. (Siehe Vorlage HA 015 – 2014) Dort ergab sich jedoch weiterer Abstimmungsbedarf. Die Fraktionen wurden entsprechend beteiligt und gewünschte Änderungen wurden in die Neufassung eingearbeitet. Ebenso wurde die Bürgermeisterwahl im Mai dieses Jahres und eventuell damit verbundene Änderungswünsche abgewartet.

Neben dem Satzungsentwurf ist zu Ihrer Kenntnisnahme eine nochmals aktualisierte Gegenüberstellung des bisherigen Satzungstextes zur beabsichtigten Neufassung dieser Vorlage beigelegt.

Die nach den Gesprächen eingearbeiteten Änderungen sind am Rande mit dem Wort **- NEU-** gekennzeichnet und im Text **-rot-** dargestellt.

Sollten weitere Anträge zur beabsichtigten Satzungsänderung beabsichtigt sein, so bitte ich diese zeitnah in die Verwaltung zu geben.

Aussprache:

Herr Hans-Peter Thomsen erläutert den Änderungsantrag der WUW Fraktion zum Tagesordnungspunkt 17. (der Antrag ist dem Protokoll beigelegt)

Herr Heinz Jürgen Fendt erläutert den Änderungsantrag der SPD Fraktion und führt diesen aus. (der Antrag ist dem Protokoll ebenfalls beigelegt)

Die Vorsitzende bittet um Abstimmung zum Antrag der WUW Fraktion.

Beschluss:

In § 6 „Aufgaben und Entscheidungen der Bürgermeisterin oder des Bürgermeisters“ soll der Verfügungsrahmen im Absatz 2, Ziffern 5., 6. und 10. der z.Zt. gültigen Hauptsatzung beibehalten werden.

Es ergibt sich damit folgender Wortlaut:

§ 6 Abs. 2, Ziffer 5.: Abschluss von Leasing-Verträgen, soweit die jährliche Belastung 7.500,-

EUR nicht übersteigt.

§ 6 Abs.2, Ziffer 6.: Veräußerung und Belastung von Stadtvermögen, soweit der Wert des Vermögensgegenstandes oder die Belastung 40.000,- EUR nicht übersteigen.

§ 6 Abs. 2, Ziffer 10.: Vergabe von Architekten- und Ingenieurleistungen bis zu einem Wert von 25.000,- EUR.

Beratungsergebnis:

Gremium	Sitzung am	TOP
Stadtvertretersitzung	30.09.2015	
< 6 > Ja	< 11 > Nein	< 6 > Enthaltung

Der Antrag der WUW Fraktion gilt somit als abgelehnt.

Frau Stodt-Kirchholtes bittet den SPD Antrag in zwei Teilen zur Abstimmung zu bringen.

Die Vorsitzende bittet um Abstimmung zur Teilung des SPD Antrages.

Beschluss:

Der SPD Änderungsantrag ist zu Teilen :

1. Teil

§ 10 Ständige Ausschüsse

(1) c) Ausschuss für Kultur, Schule, Sport und Soziales

Aufgabengebiete:

Hier: Beibehaltung der alten Fassung

2. Teil

Die Gleichstellungsbeauftragte ist hauptamtlich mit 14 Stunden tätig und wird von der Stadtvertretung bestellt.

Beratungsergebnis:

Gremium	Sitzung am	TOP
Stadtvertretersitzung	30.09.2015	
< 15 > Ja	< 8 > Nein	< 0 > Enthaltung

Der Antrag der SPD Fraktion wird somit geteilt.

Frau Brill bittet um Abstimmung zum Antrag der SPD Fraktion Teil 1.

Beschluss:

§ 10 Ständige Ausschüsse

(1) c) Ausschuss für Kultur, Schule, Sport und Soziales

Aufgabengebiete:

Hier: Beibehaltung der alten Fassung

Beratungsergebnis:

Gremium	Sitzung am	TOP
Stadtvertretersitzung	30.09.2015	
< 23 > Ja-Stimmen (einstimmig)		

Der Antrag der SPD Fraktion für diesen Teil 1 ist einstimmig angenommen.

Abschließend bittet die Vorsitzende Frau Brill um Abstimmung zur Vorlage HA 037-2015 der zweite Teil des SPD Änderungsantrages ist bereits in den Entwurf der Neufassung der Hauptsatzung eingearbeitet.

Beschluss:

- 1. Die als Anlage beigefügte Neufassung der Hauptsatzung der Stadt Fehmarn wird mit den entsprechenden Änderungen beschlossen.**
- 2. Im Stellenplan sind für die Planstelle einer Gleichstellungsbeauftragten 14 Stunden wöchentlich vorzusehen.**

Beratungsergebnis:

Gremium		Sitzung am	TOP
Stadtvertreterversammlung		I 30.09.2015	I I
< 20 > Ja	< 0 > Nein	< 3 >	Enthaltung

18. 2. Änderung des B-Planes Nr. 24 der Stadt Fehmarn als Vorhaben- und Erschließungsplan (VEP) für das Gebiet der ehemaligen Fachklinik Bellevue auf Fehmarn, südlich von Lemkendorf, östlich von Gollendorf, nördlich von Lemkenhafen
hier: Satzungsbeschluss

Vortrag gemäß Vorlage SV 060-2015

Sachverhalt:

Der Bau- und Umweltausschuss hat am 09.06.2015 den Entwurf- und Auslegungsbeschluss für die 2. Änderung des B-Planes Nr. 24 der Stadt Fehmarn als VEP gefasst.

Zum Zeitpunkt der Beschlussfassung war der Durchführungsvertrag zum Vorhaben- und Erschließungsplan noch nicht unterzeichnet. Nachdem der Vertrag zwischen der Stadt und dem Vorhabenträger unterzeichnet wurde und eine Dienstbarkeit an erster Rangstelle ins Grundbuch übernommen wird, erfolgte die Auslegung.

Die Unterlagen haben in der Zeit vom 06.08.2015 bis zum 07.09.2015 öffentlich ausgelegen. Zeitgleich fand die Beteiligung der Träger öffentlicher Belange statt.

Aufgrund der eingegangenen Stellungnahmen wurde die Planung in einigen Punkten überarbeitet. Das Baufenster der Sauna wird als Sondergebiet ausgewiesen. Im Bereich der Reithalle und des Stallgebäudes werden die Waldabstandflächen angepasst.

Unstimmigkeiten zur Niederschlagsentwässerung konnten in einem Gespräch mit den Stadtwerken geregelt werden.

Die Planzeichnung mit Begründung und den Stellungnahmen nebst Abwägungsvorschlägen sind als Anlage aufgeführt. Über diese Stellungnahmen und die damit verbundenen Anregungen ist nunmehr zu beraten, abzuwägen und zu beschließen.

Es wird um Beratung und Beschlussfassung gebeten.

Im Gesamtflächennutzungsplan der Stadt Fehmarn ist der Bereich Bellevue als Sondergebiet – Fachklinik – dargestellt. Diese Darstellung entspricht nicht den Planungszielen des Vorhaben- und Erschließungsplanes Nr. 24, 2. Änderung, so dass mit der 10. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Fehmarn eine Anpassung der Zweckbestimmung von Sondergebiet – Fachklinik – in Sondergebiet – Gesundheitshotel - erfolgt.

Die Planunterlagen zur 10. Änderung des Flächennutzungsplanes lagen in der Zeit vom 06.08.2015 bis zum 07.09.2015 öffentlich zur Einsicht aus. Die Träger der öffentlichen Belange wurden zur Abgabe einer Stellungnahme aufgefordert.

Die Planzeichnung mit Begründung, sowie die Stellungnahmen sind als Anlage aufgeführt. Über diese Stellungnahmen und die damit verbundenen Anregungen ist nunmehr zu beraten, abzuwägen und zu beschließen.

Es wird um Beratung und Beschlussfassung gebeten.

Aussprache:

Herr Quattek führt durch die Vorlage.

Beschluss:

- 1. Die während der öffentlichen Auslegung des Entwurfes der 10. F-Plan-Änderung abgegebenen Stellungnahmen und Anregungen der Öffentlichkeit und der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange werden mit dem aus der Anlage hervorgehenden Ergebnis beraten und beschlossen.**
- 2. Das Ergebnis ist den Betroffenen schriftlich mitzuteilen. Die nicht berücksichtigten Stellungnahmen sind bei der Vorlage zur Genehmigung mit einer Stellungnahme beizufügen.**
- 3. Die Stadtvertretung der Stadt Fehmarn beschließt die 10. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Fehmarn für das Gebiet der ehemaligen Fachklinik Bellevue auf Fehmarn, südlich von Lemkendorf, östlich von Gollendorf, nördlich von Lemkenhafen, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B) in der vorliegenden Form und Fassung.**
- 4. Die Begründung wird gebilligt.**
- 5. Die Verwaltung wird beauftragt, die 10. F-Plan Änderung zur Genehmigung vorzulegen und danach die Erteilung der Genehmigung nach § 6 Abs. 5 BauGB ortsüblich bekannt zu machen. In der Bekanntmachung ist anzugeben, wo der Plan mit der Begründung und der zusammenfassenden Erklärung während der Sprechstunden eingesehen und über den Inhalt Auskunft erlangt werden kann.**

Beratungsergebnis Stadtvertretung:

< 13 > Ja

< 6 > Nein

< 4 > Enthaltung

Bemerkung: Aufgrund des § 22 GO waren keine Stadtvertreter von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen.

**20. B-Plan Nr. 111 der Stadt Fehmarn im Ortsteil Burg auf Fehmarn für das Gebiet westlich der St. Nikolaikirche, nördlich des Blieschendorfer Weges und südlich der Straße „Am Wiesenweg“
hier: Satzungsbeschluss**

Vortrag gemäß Vorlage SV 062-2015

Sachverhalt:

Der Bau- und Umweltausschuss hat am 05.03.2015 den Entwurf- und Auslegungsbeschluss für den B -Plan Nr. 111 der Stadt Fehmarn gefasst.

Die Unterlagen haben im August erneut öffentlich ausgelegen. Private Einwände hat es in diesem Auslegungsverfahren nicht gegeben.

Im Rahmen der Vorentwurfsplanung, die seinerzeit noch ein Mischgebiet für den gesamten Geltungsbereich vorsah, waren zahlreiche Stellungnahmen eingegangen. Die Stellungnahmen und Anregungen vor allem von direkten Anliegern bezogen sich überwiegend auf die geplante Wohnbebauung „Am Wiesenweg“ angrenzend. Die Hauptkritikpunkte umfassten eine im Vorentwurf ausgewiesene Dreigeschossigkeit und eine Erschließung des Gebietes über die Straße „Am Wiesenweg“. Die vorliegende Planung sieht eine Erschließung des gesamten Plangebietes von Süden über den Blieschendorfer Weg vor und eine durchgängige Zweigeschossigkeit mit einer maximalen Firsthöhe von 10,90m. Diese vorliegende Planung scheint bei den Bürgern auf Akzeptanz zu stoßen.

Bei den Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange ist lediglich der Einwand des Wasser- und Bodenverbandes von Belang. Der Verband weist auf die Überlastung des Schöpfwerkes in Burgstaaken hin. Nach Rücksprache mit den Stadtwerken wird diesem Einwand mit dem durchgeführten Ausbau des Rückhaltebeckens Wiesengraben entgegnet.

Die Planzeichnung mit Begründung und den Stellungnahmen nebst Abwägungsvorschlägen sind als Anlage aufgeführt. Über diese Stellungnahmen und die damit verbundenen Anregungen ist nunmehr zu beraten, abzuwägen und zu beschließen.

Aussprache:

Frau Mandy Cronauge führt durch die Vorlage und weist auf die wesentlichen Eckpunkte der Vorlage hin. Aus dem Gremium werden keine weiteren Fragen gestellt.

Beschluss:

- 1. Die eingegangenen Stellungnahmen und Anregungen im Rahmen der öffentlichen Auslegung werden mit dem aus der Anlage hervorgehenden Ergebnis beraten und beschlossen.**
- 2. Das Ergebnis ist den Betroffenen schriftlich mitzuteilen.**
- 3. Die Stadtvertretung der Stadt Fehmarn beschließt den Bebauungsplan Nr. 111 der Stadt Fehmarn im Ortsteil Burg auf Fehmarn für das Gebiet westlich der St. Nikolaikirche, nördlich des Blieschendorfer Weges und südlich der Straße „Am**

Wiesenweg“ bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B) aufgrund des § 10 BauGB als Satzung.

4. Die Begründung wird gebilligt.
5. Der Beschluss des B-Planes Nr. 111 der Stadt Fehmarn im Ortsteil Burg auf Fehmarn für das Gebiet westlich der St. Nikolaikirche, nördlich des Blieschendorfer Weges und südlich der Straße „Am Wiesenweg“ ist ortsüblich bekannt zu machen. Dabei ist auch anzugeben, wo der Plan nebst Begründung während der Dienststunden eingesehen und über den Inhalt Auskunft verlangt werden kann.

Beratungsergebnis Stadtvertretung:

< 23 > Ja-Stimmen (einstimmig)

Bemerkung: Aufgrund des § 22 GO waren keine Stadtvertreter von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen.

21. Lärmaktionsplan der Stadt Fehmarn

hier: Aufstellungsbeschluss

Vortrag gemäß Vorlage SV 063-2015

Sachverhalt:

Die Stadt Fehmarn ist im Rahmen der Umsetzung der Umgebungslärmrichtlinie gemäß § 47d des Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) dazu aufgerufen, einen Lärmaktionsplan aufzustellen und eine Zusammenfassung des Plans der EU-Kommission zu übermitteln. Die vom LLUR vorgegebenen Bearbeitungsfristen für den Lärmaktionsplan sind bereits mehrfach überschritten worden.

Inhaltlich wird auf die Vorlage BA 116-2015 verwiesen, die dem Bau- und Umweltausschuss am 05.03.2015 zur Beratung vorgelegen hat. Die Verwaltung regte an, aufgrund der Komplexität der Aufgabe und der erforderlichen Fachkenntnisse zur inhaltlichen Bearbeitung sowie angesichts des engen Personaldeckels im Bauamt, ein Fachbüro mit der Erarbeitung des Lärmaktionsplans zu beauftragen. Dazu kommt, dass der Plan (spätestens) alle fünf Jahre zu überarbeiten ist und dafür eine fortschreibungsfähige Grundlage vorliegen sollte.

Im Ausschuss wurde darüber beraten, dass es im Rahmen der beabsichtigten Bautätigkeiten der Festen Fehmarnbeltquerung und der Hinterlandanbindung in den nächsten Jahren zu erheblichen Veränderungen im Bereich des durch die Lärmkarten ermittelten Untersuchungsraums für den Lärmaktionsplan kommen wird.

Die im Lärmaktionsplan auszuweisenden Maßnahmen zur Lärminderung würden in kürzester Zeit überholt sein.

Die Mitglieder des Bau- und Umweltausschusses der Stadt Fehmarn sprachen sich, entgegen dem Beschlussvorschlag gemäß der Sitzungsvorlage, für eine Zurückstellung des Lärmaktionsplanes der Stadt Fehmarn aus, bis Klarheit hinsichtlich der Ergebnisse des laufenden Planfeststellungsverfahrens zum Ausbau der B 207 sowie zu den Planungen der Hinterlandanbindung (Schienentrasse) herrscht.

Dieses ist dem LLUR mit Schreiben vom 18.03.2015 mitgeteilt worden. Eine Antwort darauf hat die Stadt nicht erhalten.

Per E-Mail ist die Verwaltung am 09.09.2015 vom LLUR über Folgendes in Kenntnis gesetzt worden:

„Die die EU-Kommission hat ein EU-Pilotverfahren 7807/15/ENVI zur Anwendung der EU-Umgebungslärmrichtlinie in Deutschland eingeleitet. Bei dem Pilotverfahren handelt es sich um ein Vorverfahren, aus dem sich ggf. ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland entwickeln kann. Die Bundesregierung wird unter Beteiligung der Länder Stellung nehmen und gibt Gelegenheit, die Berichterstattung insbesondere zu unten stehenden Punkten kurzfristig zu aktualisieren.“

- *Von der EU-Kommission wird darauf hingewiesen, dass Entwürfe von Aktionsplänen bei der Prüfung durch die Kommission nicht berücksichtigt werden.*
- *Von der EU-Kommission werden nur Zusammenfassungen von Aktionsplänen mit **max. 10 Seiten** für die Berichterstattung akzeptiert.*
- *Die Bundesregierung bittet, falls eine Gemeinde gem. § 47 d (5) BImSchG eine Überarbeitung der Lärmaktionspläne aus der ersten Runde als nicht notwendig befunden hat, eine Dokumentation des Prüfprozess zu übermitteln. Ein Vorschlag für die Dokumentation wurde vom LLUR unter www.laerm.schleswig-holstein.de bei „Materialien“ hinterlegt.*

Viele Gemeinden Schleswig-Holsteins haben entsprechend den rechtlichen Vorgaben eine Zusammenfassung der Lärmaktionspläne über den Lärmatlas bereitgestellt. Sollte dies auch für Ihre Gemeinde gelten, bitte ich diese Email als erledigt zu erachten.

Bei einer nicht unbedeutenden Zahl wird jedoch aufgrund der genannten Punkte Nachbesserungsbedarf gesehen. Das LLUR musste zugunsten einer frühzeitigen Information der Gemeinden auf die Prüfung verzichten, welche Gemeinden die Anforderung der EU-Kommission bereits umfassend erfüllt haben.

*Sollte Nachbesserungsbedarf bestehen, wird bis zum **08.10.2015** um entsprechende Ergänzung im Lärmatlas gebeten.“*

Angesichts der kurzen Bearbeitungsfrist ist eine erneute Entscheidung bezüglich des weiteren Vorgehens erforderlich.

Die Stadtvertretung wird um Beratung und Beschlussfassung gebeten.

Aussprache:

Frau Cronauge führt durch die Vorlage, dabei geht sie auf aufkommende Fragen ein.

Beschluss:

- 1. Der Lärmaktionsplan der Stadt Fehmarn wird aufgestellt.**
- 2. Die Bearbeitung des Planentwurfs erfolgt entsprechend der Vorgaben des § 47d des Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) und weiterer zugehöriger Regelwerke (Umgebungslärmrichtlinie, etc.).**
- 3. Gemäß § 47d Abs. 3 BImSchG ist die Öffentlichkeit bei der Aufstellung des Lärmaktionsplans zu beteiligen.**

23. Zustimmung zum Abwasserbeseitigungskonzept Gahlendorf

Vortrag gemäß Vorlage SWHA 012-2015

Sachverhalt:

Mit Schreiben vom 02.06.2015, eingegangen bei den Stadtwerken am 12.06.2015 hat die Abwassergemeinschaft Gahlendorf fristgerecht den Vertrag zur Beseitigung des in Gahlendorf anfallenden Abwassers zum Jahresende 2015 gekündigt. Damit fällt die Aufgabe der Abwasserbeseitigung an die Stadt Fehmarn zurück. Da die Stadt als Rechtsnachfolgerin der früheren Landgemeinden im Amt Fehmarn einen gültigen Vertrag mit dem ZVO über die Beseitigung des Schmutzwassers hat, ist die Aufgabe der Abwasserbeseitigung geteilt. Für die Schmutzwasserentsorgung ist der ZVO zuständig und für die Niederschlagswasserbeseitigung die Stadt Fehmarn.

Daher wurden der ZVO und der Kreis Ostholstein als „Untere Wasserbehörde“ rechtzeitig über die Kündigungsabsichten der Abwassergemeinschaft informiert.

Der Kreis forderte vom ZVO und von der Stadt Fehmarn die Vorlage eines Abwasserbeseitigungskonzeptes (ABK). Der ZVO beauftragte das Planungsbüro TSM aus Kiel mit den Arbeiten. Die Stadtwerke schlossen sich aus Zweckmäßigkeitsgründen diesem Auftrag an und sagten eine 50-%-ige Kostenübernahme zu.

Am 18.08.2015 wurde die Angelegenheit zwischen ZVO und Stadtwerken besprochen. Über das ABK in der Fassung vom 17.08.2015 wurde Einvernehmen erzielt. Die Entwurfsfassung liegt als Anlage bei.

Aus Kostengründen für die Bürger soll ein Mischkanal neu gebaut und von den Stadtwerken betrieben werden, da 80 % des Abwassers in einem Mischkanal Niederschlagswasser sind. Für die Einleitung des in den privaten Hauskläranlagen gereinigten Wassers ist der ZVO zuständig. Die Regelung im Beitrittsvertrag aus dem Jahre 1980 (Übertragung der Schmutzwasserentsorgung auf den Zweckverband, aber Überläufe der Kleinkläranlagen nicht) ist nach Ansicht der Rechtsexperten der Uni Kiel nicht zulässig, da es die Ausnahme von der Ausnahme ist. Aus Gründen der Rechtssicherheit ist für diese Klärwerksüberläufe auch der Schmutzwasserbeseitigungspflichtige (hier: der ZVO) zuständig.

Nach der Beschlussfassung im Werkausschuss und in der Stadtvertretung werden der Bürgermeister und der Werkleiter ermächtigt, zusammen mit dem Zweckverband Ostholstein, die wasserrechtliche Erlaubnis beim Kreis Ostholstein zu beantragen.

Aussprache:

Die Bürgervorsteherin bittet das Gremium Herrn Borchert vom ZVO das Wort zu erteilen um in die Problematik einzuweisen.

Beratungsergebnis:

< 21 > Ja

< 0 > Nein

< 2 > Enthaltung

Herr Borchert erläutert anhand einer Präsentation die verschiedenen Modelle und ihrer Wirtschaftlichkeit. (Die Präsentation ist der Original-Niederschrift beigelegt.) Herr Borchert übergibt das Wort an Herrn Gunnar Gerth-Hansen der die Vorlage ausführt.

Herr Rainer Loosen erläutert abschließend die technischen Möglichkeiten und die Willensbildung der Anwohner. Dabei geht er auf aufkommende Fragen ein. Nach eingehender Beratung im Gremium ergeht folgender Beschluss.

Beschluss:

Dem vorgelegten Erläuterungsbericht zum Abwasserbeseitigungskonzept Gahlendorf wird zugestimmt. Der Bürgermeister und Werkleiter werden ermächtigt diesen zu unterzeichnen und zusammen mit dem ZVO zur Erteilung einer wasserrechtlichen Erlaubnis vorzulegen.

Beratungsergebnis:

< 23 > Ja-Stimmen (einstimmig)

Bemerkung:

Aufgrund des § 22 GO waren keine Mitglieder der Stadtvertretung von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen.

24. Anträge und Anfragen im öffentlichen Teil

24.1 Stadtvertreterin Unger bittet zu prüfen, ob die Stadt als Mitglied im ZVO nicht darauf hinwirken kann, dass das von den „Müllrebell“ erstrittene Recht zur Rückzahlung von Müllgeldern auch allen Haushalten im Stadtgebiet die nicht geklagt haben erstattet werden kann.

24.2 Stadtvertreterin Parge bittet die Verwaltung ein Konzept aufzustellen, das den Umgang mit Flüchtlingen beschleunigt. In dem Konzept sollen alle Möglichkeiten berücksichtigt werden, wie eine Unterbringung sinnvoll möglich ist. Dabei muss auch der private Markt beachtet werden. Es kann nicht sein, dass durch ein konzeptloses Vorgehen Beschlüsse der Stadtvertretung zum Verkauf von Grundstücken nicht umgesetzt werden. Sie bittet zu prüfen, ob ein Arbeitskreis möglich ist.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt die Bürgervorsteherin die öffentliche Sitzung der Stadtvertretung um 21:40 Uhr.

C. Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe evtl. Beschlüsse aus dem nichtöffentlichen Teil der Sitzung

Die Vorsitzende stellt die Öffentlichkeit wieder her.

Die Vorsitzende schließt die Sitzung der Stadtvertretung um 23:00 Uhr.

Protokollführer:

gez. Volker Aermes
(Volker Aermes)

Vorsitzende:

gez. Brigitte Brill
(Brigitte Brill)
Bürgervorsteherin